

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Vertriebsort: Redaktion Dresden.
Verlagsort: Grosse Poststr. 28/241
Telef. Nr. 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zubereitung durch die Post
bei täglich zweimaligen Versand monatlich 6,75 Mk., vierteljährlich 19,50 Mk.
Die 10paltige 37 mm breite Seite 2 Mk. Auf Fernbestellungen, Zusagen unter
Geld- u. Zahlungsmittel, 10paltige Seite u. Beilagen 25 P. Fernbestellung laut
Zahl. Unverzügliche Rückgabe gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 30 P.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:
Mariestraße 28/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit besond. Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unveränderte Schriftgröße werden nicht aufbewahrt.

Siphacol
zahntunfähige,
überfettete Zähnpasta
wirkt zuverlässig desinfizierend, reizlos, heilend, erzeugt
gesunde, weiße Zähne.

Transportable Herde
in Schmiedeeisen und Guß — Bevorzugte Fabrikate
Preiswerte und praktische Siedelungsherde
Florian Czoekerts Nachfolger Ferdinand Wiesner
Dresden-A., Töpferstraße 9, 13, 15

Haaräusfall
empfehlen man überall
ECHTEN HARZER GEBIRGS
BRENNESEL-SPIRITUS
MARKE XYLONAR G.E.S. GESCH.
Flasche 15,00 Mk. nur allein echt bei
Paul Schwarzlose Dresden-Schönaustr. 13

Die Zukunft des Welthandels.

Die bedenkliche Rede Lord Churchills.

Manchester, 9. Juni. In seiner Rede sagte Churchill u. a. nach folgendem: Die Vereinigten Staaten seien die größte Gläubiger-Nation, Deutschland die größte Schuldner-Nation geworden. Während Deutschland den alliierten Nationen an Reparationen Tausende von Millionen Pfund Sterling schuldet, seien die Gläubiger-Nationen infolge der internationalen Währungs- und Ausfuhrhandel sehr vermindert. Das Deutsche Reich, das bereits 350 Millionen Pfund Sterling von seinen Reparationsverpflichtungen abgezahlt habe und außer Kohle keine bedeutenden Mengen von Rohstoffen ausführen könne, sei lieberhaft tätig, um Waren zur Ausfuhr nach allen Märkten der Welt anzufertigen. Soweit diese Waren für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs verwendet werden, würden sie für den Empfänger durchaus nutzbringend sein, da einem durch den Krieg geschaffenen Mangel abgeholfen würde. Eine Einfuhr großer Mengen deutscher Waren nach England würde jedoch zweifellos einen niedrigeren Einfluss auf die englische Industrie ausüben, was den englischen Ausfuhrhandel ernstlich schädigen würde. Dies gelte auch von den Vereinigten Staaten, die durch die Währungs- und Reparationsverpflichtungen sehr behindert würden.

Das Deutsche Reich, die größte Schuldner-Nation, lasse seine unterernährte Arbeiterklasse, um Kriegsschuldensummen zu bezahlen, Heberstunden machen, indem es seine fertigen Waren ausführe. Je länger dieser Prozess dauere, um so größer würde die industrielle Führerschaft Deutschlands werden auf Kosten der Lebens- und Arbeitsbedingungen der industriellen Bevölkerung Englands. Wenn es Deutschland gelingen sollte, während der nächsten 10 oder 15 Jahre seine Schuld an jedermann abzuschaffen, so würde Deutschland durch diesen Prozess jedes Marktes der Welt und die größte Ausfuhr-Nation, die man je erlebt habe, geworden sein. Die Vereinigten Staaten würden andererseits, wenn sie alles, was ihnen bezahlt werde, behalten würden, dadurch den eigenen Ausfuhrhandel zum größten Teil zerstören. Das amerikanische Volk würde infolge der Industriellen behindert und das innere Wirtschaftssystem der Vereinigten Staaten geschädigt werden. Einmal werde diese einfache Tatsache den großen Nationen der Welt zum Bewusstsein kommen. Dann würden sie, wenn sie dies tun, den Versuch machen, als Teil der atlantischen Operation, die für alle vorteilhaft sei, ihre gegenwärtige Schuld auf das Maß herabzusetzen, das nicht unvereinbar sei mit dem gesunden Handel mit normalen Währungs- und mit angemessenen Arbeitsbedingungen.

Ann Schluß erklärte Churchill, über die gegenwärtigen Beziehungen der Mächte sprechend, es sei zwecklos, sein Vertrauen auf einen papierenen Völkerverbund zu setzen. Wenn Europa wieder ausgerichtet und verbunden werden solle, das in 20 oder 30 Jahren wieder ein fürchterlicher Krieg ausbrechen, dann gebe es seiner Ansicht nach nur ein Mittel, zwischen England, Frankreich und Deutschland müsse wahrer Frieden herrschen. (W. Z. B.)

Die Friedensresolution Porter.

Washington, 9. Juni. Heute und morgen wird im Repräsentantenhaus die Friedensresolution Porter in Beratung gezogen werden. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Senat und Repräsentantenhaus über die anzunehmende Formel dauern fort. Die „Chicago Tribune“ bezeichnet es als zweifelhaft, daß die Debatte zu einer Lösung führen werde. Sie führt aus, daß in amerikanischen offiziellen Kreisen die Ansicht vorherrscht, es sei die Zeit gekommen, daß die amerikanische Regierung entweder den Friedensvertrag teilweise ratifizieren oder über einen neuen Vertrag mit Deutschland verhandeln solle, um so in einem Friedenszustand mit Deutschland zu gelangen. Amerika brande eine Unterdrückung Deutschlands.

Die Resolution Porter befaßt sich mit dem Senat und Repräsentantenhaus beschließen, daß der Kriegszustand, der zwischen der deutschen Reichsregierung und den Vereinigten Staaten von Amerika durch den gemeinsamen Beschluß des Kongresses am 6. April 1917 eintrat, hiermit als beendet erklärt wird. Ferner wird in der Entschließung erklärt, daß die Vereinigten Staaten sich alle Rechte, Entschädigungen, Wiedergutmachungen und Vorteile vorbehalten, die ihnen durch die Waffenstillstandsbedingungen zugehen.

Vor dem Ende des Völkerverbundes?

Paris, 9. Juni. Der diplomatische Mitarbeiter der „Chicago Tribune“ Henry W. L. schreibt: In den amerikanischen Kreisen Europas werde die Lebensbeziehung immer härter, daß die Vereinigten Staaten entweder einen Teil des Versailles-Vertrages ratifizieren oder über einen neuen Vertrag mit Deutschland verhandeln und dann Frieden schließen. Amerikanische Beamte in Europa glauben, daß ein Friedensschluß mit Deutschland auch eine neue Grundlage über die künftige Stellung des Völkerverbundes schaffen werde, denn es sei wahrscheinlich, daß der Völkerverbund, wenn er in seiner Gesamtheit von den Vereinigten Staaten offiziell abgelehnt werde, in seiner September-Versammlung zweifellos auseinanderbrechen werde. (W. Z. B.)

Larnowik in den Händen der Aufständischen.

Oppeln, 9. Juni. In Larnowik hatten seit Sonntag und Montag heftige Kämpfe zwischen deutschem Selbstschutz und den Aufständischen stattgefunden. Die Aufständischen hatten die Stadt von einem Panzergang aus beschoßen und in der Sonntagsnacht geplündert. Da die Waffenstillstandsverhandlungen ergebnislos verliefen, kam es zu neuen Gefechten. Am Dienstag nachmittag gelang es den überlegenen aufständischen Kräften, die Stadt einzunehmen, wobei es zahlreiche Tote und Verwundete gab.

Der englisch-französische Notenwechsel.

Paris, 9. Juni. Im Gegenlicht zu den Morgenblättern gibt der „Temp“ in seinem Leitartikel folgenden Vermutungen über den Inhalt der gestern hier eingetroffenen englischen Note zu der oberdeutschen Frage und der Antwort der französischen Regierung Raum: Danach teilt das auswärtige Amt mit, daß es in Berlin durch Lord Aberdeen habe wissen lassen, daß die Anwesenheit englischer Streitkräfte in Schlesien jedes Eingreifen der deutschen Regierung, das die Verhältnisse unverzüglich strengere Maßnahmen ergreifen, um dem polnischen Aufstand ein Ende zu bereiten, und daß die Anwesenheit an General Verond eine ständige Zusammenarbeit zwischen ihm und seinen englischen Kollegen überstellen. In ihrer Antwort führt die französische Antwort aus, daß sie ihrerseits nie geäußert habe, in Schlesien alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Verhütung der Ordnung beitragen könnten. (W. Z. B.)

Das ewige Hin und Her zwischen London und Paris läßt allmählich an, lächerlich zu werden. Es dient lediglich einer Verwickelung der brennenden oberdeutschen Frage. Briand bezieht sich, in jeder Note zu betonen, daß er dieselben Pläne gegen die Aufständischen verfolgte wie England, und doch bleibt, dank der unabweisbaren Neutralität Veronds, alles beim alten. Es wird Zeit, daß die deutsche Regierung nachdrücklich auf eine schnelle Durchführung der von den Franzosen geschmettelten Säuberung dringt.

Das deutsche Bedauern über den oberdeutschen Zwischenfall.

Paris, 9. Juni. Wie die Havas-Agentur berichtet, hat Vizepräsident Dr. Mayer dem Präsidenten Briand einen Besuch abgestattet und dabei den Zwischenfall besprochen, der sich am Dienstag in Oberdeutschen zwischen Truppen des Generals Dozer und einer französischen Patrouille ereignete. Der Vizepräsident habe das Bedauern seiner Regierung über den Zwischenfall ausgesprochen. (W. Z. B.)

Paris, 9. Juni. Der „Antirassism“ erklärt ein heute vermittelt verbreitetes Gerücht, General Verond werde von seinem Posten in Oppeln abberufen werden, für unbegründet. (W. Z. B.)

Die Neuregelung des Arbeitsrechts.

Die Reichsregierung ist zurzeit mit der Schaffung eines den modernen sozialen Auffassungen und Verhältnissen angepassten Arbeitsrechtes beschäftigt, das als Hauptstücke das Tarifvertragsrecht, die Schlichtung sozialer Streitigkeiten, die Arbeitsgerichte, die an die Stelle der jetzigen Gewerbe-gerichte treten sollen, und die Berufsvereine (Gewerkschaften) umfaßt. Ueber die beiden letztgenannten Materien sind die Entwürfe bereits fertiggestellt und werden demnächst dem Reichstag vorgelegt werden. Der Tarifvertrag als die Erscheinungsform des kollektiven Arbeitsvertrages, um den die Gewerkschaften mit den Unternehmern vor dem Kriege keine Kämpfe geführt haben, ist zum ersten Male in der im November 1918 geschlossenen Arbeitsgemeinschaft zwischen den führenden Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer anerkannt worden, hat aber bisher noch keinen festen gesetzlichen Boden erhalten, da sich die gesetzlichen Maßnahmen in den Vorschriften über die Verbindlichkeits-erklärungen, die Geschäftsführung und die Zukünftigkeit der Schlichtungsausschüsse erschöpfen, während alle übrigen, zum Teil recht verwickelten Fragen, die mit dem Tarifvertrage zusammenhängen, der Regelung nach dem allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechtes überlassen blieben. Der jetzt vorliegende Entwurf soll nun diesem Mangel abhelfen und ein eigenes Reichsarbeitsvertragsrecht schaffen. Der Tarifvertrag wird definiert als „ein Vertrag zwischen Arbeitgebern oder ihren tariffähigen Vereinigungen auf der einen und tariffähigen Vereinigungen von Arbeitnehmern auf der anderen Seite zur Regelung des Arbeitsverhältnisses“. Der Tarifvertrag erhält den Charakter des zwingenden besondere Bestimmungen ungeschilft sind, und als seine Wirkung sich auch auf solche Arbeitnehmer erstreckt, die entweder überhaupt nicht oder nicht in einem tariffähigen Verbande organisiert sind, falls alle in dem räumlichen und sachlichen Wirkungsbereich des Tarifvertrages bestehenden tariffähigen Arbeitnehmerorganisationen als Kontrahenten mitgewirkt haben. Die Verbindlichkeitsklärung auf Antrag der unmittelbar beteiligten Verbände bleibt bestehen und hat zur Folge, daß sämtliche Arbeitgeber und Arbeitnehmer des ganzen Gewerbes an den Tarifvertrag gebunden werden. Die Haftungsfrage erledigt der Entwurf dahin, daß einem Tarifschlichtungsgericht die Befugnis zur Verhängung von Bußen verliehen wird, deren Höchstbetrag auf 500.000 Mk. festgesetzt ist. Demnach können die Gewerkschaften, falls die Vorlage mit dieser Bestimmung Gesetzkraft erhält, fortan wegen Tarifvertragsbruches ebenso belangt werden, wie die Arbeitgeber und deren Organisationen. Es ist allerdings zu erwarten, daß man von gewerkschaftlicher Seite mit aller Macht gegen die Haftungs-vorrichtungen Sturm laufen wird, und es kommt daher alles darauf an, ob die Regierung in diesem Punkte fest bleiben wird. Ohne eine befriedigende Lösung dieser grundlegenden Frage würde die gesetzliche Regelung des Tarifvertragswesens immer nur eine Fiktion bleiben. Man darf sich aber keinen Illusionen darüber hingeben, daß die Regelung um der Haftungsfrage willen mit den Gewerkschaften einen Kampf bis zum bitteren Ende führen werde; hat sie doch schon bei der Feststellung des Begriffes der Tariffähigkeit ein Entgegenkommen gegen die gewerkschaftlichen Forderungen gezeigt, das weit über das für einen unparteiischen Gesetzgeber zulässige Maß hinausgeht, indem sie in der Vorlage nur solche Arbeitnehmerorganisationen als tariffähig anerkennt, „welche die Interessen ihrer Mitglieder selbständig und unabhängig wahrnehmen“. Diese Klausel richtet sich gegen die sogenannten „gelben“, wirtschaftsfreudlichen Vereinigungen, die somit offiziell kraft Gesetzes in Acht und Bann getan werden. Das ist ein Verfahren, das man vom Standpunkt einer höheren gesellschaftlichen Auffassung aus geradezu als unerhört bezeichnen muß, da sich der Gesetzgeber auf solche Weise zum dienlichen Werkzeug einer bestimmten parteipolitischen Richtung erntedient, statt gegenüber allen Erscheinungen des sozialen Lebens pflichtgemäß die gleiche Gerechtigkeit und unantastbare Unabhängigkeit zu betätigen. Es ist klar, daß diese Schlichterseite des Entwurfes von bürgerlicher Seite den schärfsten Angriffen ausgesetzt sein wird.

Der Zweck der Schlichtungsordnung besteht darin, durch ein geordnetes Schlichtungsverfahren eine Sicherung gegen willkürliche Störungen des Wirtschaftslebens zu schaffen und das Arbeitsverhältnis auf eine stabile Grundlage zu stellen. In erster Linie kommen die auf freiwilliger Vereinbarung beruhenden Schlichtungsstellen in Betracht. Daneben aber soll den Parteien die Möglichkeit eröffnet werden, sich nach Befinden auch amtlicher Schlichtungsstellen bedienen, und als solche sind örtliche Einigungsämter, Landeseinigungsämter und ein Reichseinigungsamt mit Revisionsinstanzen, Senatspräsidenten, Direktoren und einem Präsidenten als oberster Instanz vorgesehen. Diesen schwerfälligen, bürokratischen Mechanismus hätte man stattdessen beseitigen lassen und sich mit den freiwilligen Schlichtungsstellen begnügen können, unter Auferlegung der Verpflichtung für die beteiligten Parteien, auf jeden Fall solche Stellen zu schaffen, soweit sie noch nicht vorhanden sind. Es handelt sich bei den der Jugendlichkeit der Schlichtungsstellen

Italienische Drohung gegen die Beschlezung der Stadt Ratibor.

Ratibor, 9. Juni. Der Magistrat der Stadt Ratibor, landte an die Interalliierte Kommission ein Telegramm, worin er fordert, daß der dauernden Beschlezung Ratibors durch die polnischen Besätze sofort Einhalt geboten werde. In der gestrigen Sitzung des Zivilrechtsausschusses zu Oberschlesien versprachen nach dem Hinweis des Vorsitzenden, Barrer Ulfsta, Generalleutnant Hler und der anwesende Oberst Salvioni, bei der Interalliierten Kommission vorzulegen zu werden, daß dem ungeschicklichen Treiben der polnischen Insurgenten ein- schließlich entgegengetreten werde. Wie der italienische Kreis-Inspektur Major Jorica mitteilte, hat Oberleutnant Vigilio, der Kommandant der italienischen Truppen Ratibors, den Insurgenten durch Parlamentäre mitgeteilt, daß, falls die Stadt Ratibor weiter von polnischer Artillerie beschossen werde, die italienische Artillerie die polnischen Stellungen in Hohenbirken-Pudow-Syrtz und anderen Orten vor Ratibor ebenfalls unter Feuer nehmen werde. Die Insurgenten haben darauf das Versprechen, Ratibor nicht mehr mit Artillerie zu beschlezen. (W. Z. B.)

Eine schlimme Nacht in Ratibor.

Ratibor, 7. Juni. (Verspätet eingetroffen.) Die letzte Nacht gehörte zu den schlimmsten, die Ratibor seit dem Ausbruch des Aufstandes erlebt hat. Nach der Isolierung wurden während der Nacht aus dem Belagerungs-gebiet etwa 8000 Schuß aus Gewehren und Maschinengewehren abgegeben. Unter Maschinengewehrfire lag auch die Volkstraße, ferner die Emma- und die Demmelstraße. Der Sachschaden ist beträchtlich. Man erwartet, daß die Engländer heute oder morgen in Ratibor eintreffen. Die Kämpfe im Cofeler Dafen, bei Ulfst und Stawentz sollen sehr erbittert gewesen sein. (W. Z. B.)

Räumung des Kreises Rosenberg.

Oppeln, 9. Juni. Amlich wird gemeldet: Der Kreis Rosenberg ist von den polnischen Banden zum Teil geräumt worden. Die Ortschaften Golewin, Kronstau, Gostelitz, Schönwald, Bischof, Droskau und Jastrzombitz sind frei von Insurgenten. Bei Jembowitz wurden durch polnische Angriffe gestern Kämpfe hervorgerufen, die auch heute noch andauern. Amalienhof, Reudorf und Pruska wurden durch polnische Artillerie beschossen. Im Kreise Ratibor wird Niedane von polnischer Artillerie beschossen. Ein von Luckasno vorhobender polnischer Panzergang konnte außer Gefecht gesetzt werden. (W. Z. B.)